

Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Dresden, Saben & Komp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Alttadt

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn in der 44. Woche vom 27. Oktober bis November 9 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 1 1/2 Milliarden M., Einzelnummer 1 1/2 Milliarden M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mit Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 100 M., die 30 mm breite Netzzeile 400 M., für auswärtige Anzeigen 120 u. 500 M. Schlüsselzahl: 18000000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 M.

Nr. 254

Dresden, Dienstag den 30. Oktober 1923

34. Jahrg.

Proteststreik gegen den Staatsstreich

Von den Spitzenorganisationen geht uns ein Aufruf zu, in dem auf die Erklärung der sächsischen Regierung Bezug genommen wird. Dann heißt es in dem Aufruf:

Mit diesem Staatsstreich führt das Stinneskapital den Hauptstoß gegen die stärksten Kampfpositionen der deutschen Arbeiterklasse. In Bayern mentern offen die Reichswehr und ihre Generale — in Sachsen wird die verfassungsmäßige Regierung der Arbeiter mit Gewalt beseitigt. In Deutschland soll nach dem Willen der Schwerindustrie der Faschismus uneingeschränkt herrschen. Das muß verhindert werden.

Gegen diesen Staatsstreich, gegen diesen Angriff auf die Grundrechte des werktätigen Volkes rufen die unterzeichneten Organisationen zu einem

Dreitägigen Proteststreik

auf. — Beginn: Dienstag, 30. Oktober; Ende: Donnerstag, 1. November.

Arbeiter! Laßt euch von der Reichswehr nicht provozieren! Wahrt proletarische Kampfdisziplin!

V. S. P. D. K. P. D. A. D. G. B. Ufa. A. D. B.

Nicht bestreift werden: Lebenswichtige Betriebe, Eisenbahn und Post.

Der Verfassungsbruch der Reichsregierung

Der Reichskommissar Dr. Heinze hat gestern mit General Müller und seinen Leuten das Werk der Niedertrampelpolizei der sächsischen Verfassung fortgesetzt. Der berühmte Leutnant mit den zehn Mann erschien in den Regierungsgebäuden und unsere Minister wurden durch militärische Gewalt aus dem Ministerialgebäude herausgeführt. Gestern mittag marschierte eine starke militärische Macht mit Maschinengewehren und Minenwerfern vor dem Landtag auf. Der Landtag wurde militärisch besetzt. Nicht nur die Plenarsitzungen des Landtags wurden verboten, General Müller hat auch alle Ausschuß- und Fraktionsitzungen innerhalb des Landtagsgebäudes untersagt. Die Ereignisse, die sich gestern abspielten, stehen in der Geschichte Deutschlands beispiellos da. Im Jahre 1849 wurde zwar die deutsche Nationalversammlung von Militär zerstreut, aber die Schamzügel der Reaktion behaupteten gar nicht, daß sie eine Verfassung schützen wollen. 1923 wird dagegen in Sachsen eine verfassungsmäßige Regierung und ein verfassungsmäßig gewähltes Parlament im Namen einer Reichsregierung beiseite geschoben, die behauptet, republikanisch zu sein und die Verfassung schützen zu wollen. In längst vergangenen Zeiten soll sich in südamerikanischen Raubstaaten, wo der Einzelle sein Recht ohnehin nur mit Messer und Revolver behaupten konnte, Ähnliches ereignet haben.

Das skandalöse Vorgehen des Reichskanzlers und des Reichskommissars wird von der sächsischen Regierung heute in einem Aufruf an die Bevölkerung als Staatsstreich gebrandmarkt. Die unten wiedergegebene Berliner Meldung zeigt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts nicht daran denken, diesen Verfassungsbruch der Stresemann, Heinze und General Müller zu decken. Die sächsische Arbeiterklasse hat bisher trotz den ihr angetanen Ungeheuerlichkeiten an sich gehalten. Haben es die Stresemann und Co. darauf abgesehen, die Arbeiter aus den Betrieben zu treiben? Wenn ja, dann mag ihnen der Teufel zu ihrem Erfolg gratulieren. Denn die sächsische Arbeiterklasse wird diesen neuesten Gewaltstreich noch heute mit einem Proteststreik beantworten. Die proletarischen Parteien und die freien Gewerkschaften erlassen einen Aufruf zu einem dreitägigen Proteststreik von heute bis Donnerstagabend.

Wir erwarten, daß die Arbeiterklasse diesen Streik mit Kraft, Besonnenheit und Disziplin durchführt. Die sächsischen Proletarier müssen dabei auf die Provokateure achten, die sich in die Reihen der Arbeiterklasse eingeschlichen haben, um sie zu Unbesonnenheiten und Gewalttaten aufzureizen. Wir wissen, daß starke Kräfte vorhanden sind, die nur auf die Gelegenheit warten, um durch ein furchtbares Blutbad die sächsische Arbeiterklasse niederzuwerfen. Man glaubt, mit dieser blutigen Methode die Vereinigung mit der bayerischen Reaktion herstellen zu können.

Wie das Verbot der Reichsregierung in außer-sächsischen Kreisen betrachtet wird, davon zeugen nachfolgende Stimmen. Der Sozialdemokratische Parliamentsdienst, der unsern Zusammengehören mit den Kommunisten immer kritisch gegenübergestellt hat, schreibt heute:

SPD. Deutschland geht seinem Verhängnis entgegen! Die wider Recht und Vertrag in deutsches Gebiet eingeführten französischen Truppen haben bisher ihr Ziel, den Reichszerfall und den Bürgerkrieg, nicht erreicht. Nun soll ihnen im Innern unsers Landes ein treuer Helfershelfer in der bürgerlichen Ministermehrheit des Reichskabinetts entstehen. Unter dem Vorwand, Ordnung zu schaffen, sind mit ihrem Einverständnis am Montag die sozialistischen Minister in Dresden wie Verbrecher ihres Amtes enthoben worden. Das Beispiel der im Ruhrgebiet stehenden Besatzungstruppen hat durch deutsche Reichswehr seine Wiederholung in der Hauptstadt eines Bundesstaates gefunden, dessen Bevölkerung

in ihrer überwiegenden Mehrheit Treue zur Republik geschworen hat und bereit war, das Letzte für den Staat von heute zu opfern. Damit ist das Maß für die Sozialdemokratie voll. Wenn wir schon untergehen sollen, dann in Ehren und nicht durch Selbstmord.

Erst am Montag hat der sozialdemokratische Parteivorstand eine Entschliebung gefaßt, in der die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf Grund von Erfahrungen aus der Vergangenheit und den letzten Tagen als unmöglich bezeichnet wird. Dieser Beschluß konnte selbstverständlich nur einen Sinn haben, wenn der Vorstand der sozialdemokratischen Partei auch bereit war, in diesem Sinne zu wirken — und das sollte geschehen! Damit hätte der ultimative Handstreich des Reichskanzlers gegen die sächsische Regierung nicht die geringste Billigung erfahren. Unsere Auffassung über diesen rechtswidrigen Schritt bleibt bestehen und wir wiederholen heute erneut, daß das Ultimatum an Sachsen im Vergleich zu dem Vorgehen gegen Bayern nicht nur ungerecht, sondern auch leichtfertig war. Deshalb war für uns auch die Ablehnung der ultimativen Forderung durch die sächsische Regierung vollkommen verständlich. Ein Kabinett, das auch nur noch das geringste Ansehen innerhalb der Bevölkerung wahren und nicht für alle Zeit als ein Ministerium der Gauweismänner erscheinen wollte, konnte nach dem Verhalten des Reichskanzlers beim besten Willen nicht anders handeln, als es die sächsische Regierung getan hat. Immerhin aber ließ der ablehnende Beschluß der sozialdemokratischen Minister Sachsen die Möglichkeiten offen, auf verfassungsmäßigem Wege der Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein Ende zu machen. Diese Möglichkeit auszunutzen, betrachtete der sozialdemokratische Parteivorstand als seine Pflicht. Er war hierzu eben im Begriff, als die verhängnisvolle Aktion der Reichswehr in Sachsen gegen die sozialdemokratischen Minister bekannt und durch sie die erstrebte Vermittlung bereits in Frage gestellt wurde, noch bevor die Beauftragten unseres Vorstandes in Dresden eingetroffen waren.

Die Aktion des Reichskanzlers erfolgte in einem Augenblick, in dem die bayerische Reaktion zum Marsch nach

Seite 4
nder
ab 7 Stunden
he Volkshaus
entscheu Bau
angelegentlich
die Späterens
ieren.
ihrer Voll-
spannungser-
orden mußte
stirke wur-
nungen 44-
Kaufe des
Augenmerk
eile und zu-
der Baden-
wie bei der
eine Reihe
und Aus-
ste Maß von
scheidung nicht
ungsort der
sichtbarke
egündet, an
der Elektro-
iner Anzahl
stehen zur
Gefahr, den
beizuführen,
te der Ges-
ar oder un-
erentwidel,
risitäts-
ste Selbst-
Die Strom-
u wesentl
daß sie sich
Ausbau der
Anlagen,
deselektrisi-
isch, wurden
ähnlich
Stromatt-
171 811 908
staatlichen
hebung der
n Dresden,
ben im all-
den den Ge-
lektrizitäts-
nachher, ge-
ört worden.
wöchentlich
it dauernd
en Vorstel-
haben jetzt
r Ermäßig-
chematische
wäre. Für
von 210,
eigen der
Milliarden
esen. Statt
zahl 6000-
a der Er-
den Woche.
00 000 M.
000 000 M.
000 000 M.
auf eine
Plan und
Beispiele:
er Woche
Kart, dann
en Markt
00 000 M.
000 000 M.
000 000 M.
00 000 M.
00 000 M.
00 000 M.
noch nicht
em Kamis-
den Markt
00 000 M.
00 000 M.
00 000 M.
lbt man
hen — in
lich nur
mpfänger
Familien
sitzungen
der Lohn-
einbring-
einstägig-
unerträgl-
aben dort
trotzdem
Ermäßig-
was ja
ngesehen
bergestellt
Ermäßig-
rum eine
Prozent
er
b nehtler
schreiben
egen über
neudgebiet
der Luft
gesunken
Liefbrun-
r und in
um noch
Da die
morgen
Kaufkraft.